

DU FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

NUMMER 4

AUGUST 1973

PREIS S 3,-

Opferrenten ab 1. Juli erhöht

Verhältnis zur Höchstrente wurde verbessert

Am 1. Juli wurden die Opferrenten in der Opferfürsorge erhöht, ebenso die Pflege- und Blindenbeihilfen, während die Hinterbliebenenrenten, die Unterhaltsrenten, die Witwenbeihilfe und alle übrigen Leistungen der Opferfürsorge unverändert blieben, da sie am 1. Jänner 1973 erhöht wurden.

Bei der Opferrente wurde nunmehr die Relation zwischen den verschiedenen Sätzen der Minderung der Erwerbsfähigkeit verbessert.

Die Opferrente wurde bei 30% Minderung der Erwerbsfähigkeit von 136 auf 158 S erhöht, bei 40% von 182 auf 209, bei 50% von 404 auf 470, bei 60% von 530 auf 593, bei 70% von 631 auf 696 und bei 80% von 1086 auf 1134 S. Die Rente für eine 90%ige Minderung der Erwerbsfähigkeit wurde bereits am 1. Jänner erhöht und bleibt mit 1745 S unverändert. Das bedeutet, daß die Renten bei niedrigen Prozentsätzen der Minderung der Erwerbsfähigkeit im Verhältnis zur Rente bei 90% verbessert wurden und mit 1. Juli 1974 weiter verbessert werden. Trotzdem

wird noch lange nicht jener Zustand hergestellt sein, bei dem z. B. bei einer Minderung um 30% die Rente 30% der Rente bei Minderung um 90% beträgt, bei 60% Minderung 60% der Rente für Minderung um 90% usw.

Derzeit macht bei einer 30%igen Minderung die Rente nur 9/80 (!) der Rente bei 90%iger Minderung aus, sie soll ab 1. Juli 1974 auf ganze 12% verbessert werden. Bei 40%iger Minderung soll das Verhältnis von 11,9 auf 18%, bei 50% von 26,9 auf 30%, bei 60% von 34,1 auf 40%, bei 70% von 51,3 auf 55% erhöht werden. Bei 80% soll das Verhältnis unverändert 60% der Rente bei 90%iger Minderung ausmachen. Die Opferrente bei 70% Minderung wird ab 1. Juli 1974 also nur knapp über der Hälfte (59%) jener Rente liegen, die bei 90%iger Minderung der Erwerbsfähigkeit gewährt wird. Die Anpassung des Prozentsatzes ist keineswegs großzügig, zumal in Österreich ohnehin nur mehr 3571 Opferrenten gewährt werden.

sofern sie Gewalt weder angewandt noch befürwortet haben; Amnesty International tritt auch dafür ein, daß in der ganzen Welt der Artikel 5 (Folterverbot) beachtet wird.

Von Linz aus startete ein Marsch nach Mauthausen, wobei man mit Bussen zu den Stickstoffwerken fuhr und von dort zu Fuß bis zum ehemaligen KZ Mauthausen marschierte. Der Marsch wurde als „geförderter Marsch“ abgehalten: Jeder Teilnehmer erhielt – so stellte man es sich vor – von Verwandten usw. pro Kilometer zehn Schilling (nach Mauthausen 20 km). Der Erlös kam Amnesty International und in weiterer Folge den politischen Gefangenen zugute. Im Studentenzentrum (Linz, Bischofstraße) wurde eine Ausstellung gezeigt – ebenfalls mit dem Thema „Folter“.

Geschwister Scholl geehrt

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) hat in München das Tagesgedächtnis an dem vor dreißig Jahren die Geschwister Scholl und ihr Freund Christoph Probst von den Nationalsozialisten hingerichtet wurden. Vertreter des Verbandes legten im Stadelheimer Gefängnis, der Exekutionsstätte, und auf dem Friedhof am Perlacher Forst Kränze nieder. Der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel verleiht die Ehre eines Gedenkwort. Die Geschwister Scholl hätten in der Zeit der Gewalt Herrschaft, so heißt es darin. Zeugnis abgelegt für „Menschenwürde, Freiheit und Recht“. Die Gewissensentscheidung und der Tod der Scholl mahnten daran, „nicht nachzulassen in unseren Bemühen, die freiheitliche Demokratie in unserem Lande zu sichern und zu stärken“.

NS-Mordverdächtiger beging Selbstmord

Der ehemalige Blockhelfer im KZ Gussen, einem Außenlager von Mauthausen, Michael Gegenfurtner (5), hat sich Anfang März, wenige Tage nach Beginn der Hauptverhandlung, in seiner Zelle in der Haftanstalt München-Stadelheim, das Leben genommen. Die Anklage beschuldigte Gegenfurtner das zwölfwache Morden an Mitgefangenen.

Aktion gegen die Folter

Ein Demonstrationsmarsch nach Mauthausen

Die Verwirklichung der Menschenrechte in aller Welt ist das Ziel der Amnesty International, einer – wie schon der Name sagt – internationalen Bewegung, die auch in Österreich durch mehrere Gruppen vertreten ist. Die Linzer Gruppen hielten vom 2. bis 9. Juni eine Aktionswoche ab, um die Öffentlichkeit auf die Ziele von Amnesty International aufmerksam zu machen. Diese Woche stand unter dem Zeichen der weltweiten Anti-Folter-Kampagne.

Der berühmte Artikel 5 der Menschenrechtskonvention („Niemand soll der Folter oder grausamer, unmensch-

licher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung unterworfen werden“) wird nicht von allen Regierungen beachtet; allein im Jahre 1972 gingen Folterberichte aus 19 Staaten ein. Die brasilianische Armee hielt 1969 einen Folterlehrgang ab. Die Methoden der Folter stammen teils aus dem Mittelalter, teils werden technische Errungenschaften unserer Zeit „verwertet“ (Elektroschocks usw.).

Amnesty International bemüht sich um Freilassung und Hilfe für jene Menschen, die unter Verletzung der garantierten Menschenrechte gefangen, verhaftet, verfolgt, verbannt sind,

Das wahre Gesicht

Von Haris Leinkauf

In den vergangenen Wochen hat die Erklärung des stv. Wiener FPÖ-Vorsitzenden, Hans Klement, er sei „auf jeden Fall gegen eine Koalition mit Kreisky“, als er von „profil“ gefragt wurde, ob er „persönlich mit einem Juden eine Koalition eingehen“ würde, berechtigterweise Staub aufgewirbelt und Stoff für lebhafteste politische Debatten geliefert. Klement ist zwar inzwischen von seinen Funktionen in der Wiener FPÖ zurückgetreten, er hat aber seine antisemitische Einstellung bei verschiedenen Gelegenheiten bekräftigt, ja er ist sogar soweit gegangen, seinem Parteibeamten Friedrich Peter dieselbe Ansicht zu unterstellen und ihm vorzuwerfen, daß er sie nur aus opportunistischen Gründen nicht öffentlich äußere. Peter hat sich dann hoch offiziell von Klement distanziert und seine weltanschauliche Unbedenklichkeit darzulegen versucht.

Man kann diesen Zwischenfall allerdings nicht damit verharmlosen, daß man auf ähnliche Entgleisungen in der ÖVP oder in der SPÖ verweist. Zweifellos gab und gibt es in diesen Parteien ebenfalls „Ehemalige“ – in der SPÖ sind einige von ihnen sogar zu Ministerwürden gekommen –, und zweifellos ist der historische Antisemitismus noch nicht überall völlig überwunden.

Der Unterschied ergibt sich aber daraus, daß die beiden großen Parteien schon von ihren Grundlagen her nicht in den Verdacht kommen können, alt- oder neu-nazistische Tendenzen zu beherbergen, während die geistigen Vorfahren der FPÖ ziemlich nahe verwandt mit dem Nazismus, ja zum Teil mit ihm identisch waren. Es ist begreiflich, daß die FPÖ sich heute bemüht, ihre „nationale“ Linie gewissermaßen nur als eine Spielart ihrer freiheitlichen Grundeinstellung zu vermindern. Aber auch Peter mußte („profil“ Nr. 16) zugeben, daß die alten Nationalen in seiner Partei noch immer da sind, wenn er einbekam, daß seine „Politik des Ausgleichs der Gegensätze“ in den eigenen Reihen Kritik hervorruft.

Die Äußerungen des Herrn Klement und sein Beharren darauf machen – trotz Rücktritts von den Parteifunktionen – die

offiziellen Deklarationen des Parteibeamten Peter nicht gerade sehr glaubwürdig, und es ist kein Zweifel, daß Klement wenn schon nicht lauten, so doch den stillen Beifall von nicht wenigen seiner Parteigenossen hat. Es sind wohl noch so viele aalglatte Erklärungen des Herrn Peter nicht in der Lage, das angestrebte Image der FPÖ mit ihrer tatsächlichen Struktur in Einklang zu bringen.

Das sollten vor allem die maßgebenden Politiker in den beiden großen Parteien bedenken, wenn es in den kommenden Jahren irgendwann wieder einmal darum geht, welche Partei mit welcher in der Bundesregierung zusammenarbeiten muß.

Kreisky war jene Partei, in der ein hoher Funktionär aus rassistischen Gründen die Zusammenarbeit mit ihm ablehnt, noch 1970 gut genug, um sich von ihr Garantien für die Existenz seiner Minderheitsregierung geben zu lassen, die ihm dann als Sprungbrett zur Alleinregierung diente.

Im übrigen wurde nun auch Bundeskanzler Dr. Kreisky über das wahre Gesicht der FPÖ aufgeklärt. Er war es, wie ich mich aus einem Gespräch mit ihm kurz nach dem Zwischenfall mit den Äußerungen der ÖVP-Abg. Heider und Suppan im Nationalrat erinnere, der der ÖVP diese Affäre bei jeder Gelegenheit vorhielt, der FPÖ hingegen Unbedenklichkeit bescheinigte. Er wird seine Meinung nun wohl ändern müssen.

Mittlerweile beginnt sich die Überlegung immer mehr Eingang in das politische Denken zu verschaffen, ob es tatsächlich richtig ist, eine zumindest so unausgegorene und weltanschaulich unzuverlässige Partei wie die FPÖ „zum Weichensteller der österreichischen Politik“ zu machen (Anton Pelinka „profil“ Nr. 15). Das geschieht, wenn man die FPÖ als mit großem Abstand schwächste Partei des Nationalrates als Stützpunkt einer großen Partei benützt und zum permanenten Zünglein an der Waage macht, dadurch weit über ihre wahre Bedeutung hinaus aufgewertet und somit unverhältnismäßig zu einem entscheidenden Faktor der österreichischen Politik gemacht wird.

Wenn Politik heute noch eine moralische Grundlage hat, dann sollten solche Überlegungen nicht unbeachtet gelassen werden.

Das Ende einer Ära

Djilas über Titos Politik

Mit den jüngsten Säuberungen in der jugoslawischen KP ist nach Ansicht des seinerzeitigen engsten Mitarbeiters von Staats- und Parteichef Tito, Milovan Djilas, der Liberalismus in Jugoslawien zu Ende gegangen. In einem in der jüngsten Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Profil“ erschienenen Interview stellte der 61jährige, nunmehr als freier Schriftsteller in Belgrad lebende Milovan Djilas zu dem harten Durchgreifen Titos in Kroatien fest:

„Tito hat richtig und zugleich falsch gehandelt. Er hatte das Recht, die Einheit des Staates zu bewahren. Das ist sicher. Verfehlt war allerdings die Art, wie er einschritt. Die großen Säuberungen, die Presseverbote, das alles ging zu weit und war nicht mehr adäquat. Der Liberalismus in unserem Lande ist damit zu Ende gegangen. Man kann es nicht als politisch brauchbares Ergebnis bezeichnen, wenn die gesamte kroatische Intelligenz in die Opposition gedrängt wird.“

Djilas, der durch sein Buch „Die neue Klasse“ weltberühmt wurde, hält die Ansicht, daß Titos Treffen mit dem sowjetischen Parteichef Breschnew den Marshall zur Politik der „harten Hand“ veranlaßt haben könnte, für unwahrscheinlich. „Tito ist eine starke und unabhängige Persönlichkeit, in seinen Ansichten kann ihn niemand beeinflussen.“

Britische Verhörmethoden

Menschenwürdiger Verhörmethoden hat der nordirische Priester und Lehrer der St-Patrick-Akademie in Dungannon, Peter Denis Faul, die in Nordirland eingesetzten britischen Truppen beschuldigt. Dies geht aus einem Bericht der in Dublin erscheinenden Zeitung „Catholic Standard“ hervor. Darin heißt es, Peter Faul habe auf Grund seiner Beobachtungen in den letzten sechs Monaten eine Liste von menschenwürdigen Verhörmethoden erstellt, wie sie täglich von britischen Soldaten an verhafteten Iren angewandt würden. Dazu gehören u. a. Schlafverbot, Drohungen, Festhalten der Verhafteten in stark gekrümmten Räumen ohne Licht, sowie die Durchführung simulierter Exekutionen mit nicht geladenen Gewehren.

Wie der Priester weiter bekanntgab, habe man kürzlich einen 22jährigen Verdächtigen an den Genähten mißhandelt und ihm Haare ausgerissen, um ihn zum Sprechen zu bringen. Peter Faul hofft, wie er erklärte, mit seiner Kampagne gegen die Mißhandlungen eine menschenwürdige Behandlung der Verhafteten zu bewirken.

Eine Fahrt nach Rom

Die Landesleitung Niederösterreich der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten veranstaltete zum Gedächtnis an die vor 35 Jahren erfolgte Zerstörung unseres Staates, des Leidensweges und des Todes unzähliger aufrechter Mitbürger, der endlichen Freiheit der Gelangenen und der Wiederauferstehung Österreichs eine Kameradschaftsfahrt nach Rom. Wir konnten gemeinsam mit Landesobmann Hofrat Dr. Mohr in Andacht in der Basilika des hl. Antonius von Padua weilen, die Pracht der Renaissancekunstwerke zuerst in Udine, dann in Florenz bewundern und erschüttert in die Katakomben von Rom steigen. Das Kolosseum betraten wir, in dem viel unschuldiges Blut geflossen ist, und wir wurden von der Majestät des Pantheons, den Tempelresten und den Säulen der Antike und den eindrucksvollen Triumphbögen heidnisch und christlicher Kaiser in Bann gezogen. Wir bewunderten die Schätze der Vatikanischen Sammlungen, standen staunend in der Sixtinischen Kapelle und im gewaltigen Petersdom und erahnten die Dimensionen der Kolonnaden

des Bernini. Der Heilige Vater segnete uns. Wir waren ergriffen von der kraftvollen Schönheit des David des Michelangelo in Florenz und von der Zartheit im Schmerze Mariens um den toten Christus in der wiederhergestellten Pieta in St. Peter.

Wir atmeten die Ferne der Jahrhunderte auf der Via Appia Antiqua und sahen die Unendlichkeit des Meeres auf der Fahrt nach Livorno. Wir sahen befestigte Städte auf den Anhöhen durch das Etruskerland um Grosseto. Wir bestaunten den Schiefen Turm von Pisa und bewunderten die Kathedrale und das Baptisterium. Wir erklommen mit dem Bus ab Pontremoli den Apennin und fuhren durch unheimlichwangeren Nebel die Windungen des Passes abwärts nach Parma. Dann standen wir vor dem Amphitheater von Verona und dachten in der Stadt an das berühmteste Liebespaar der Renaissance. Wir fuhren am Gardasee entlang und nach Südtirol nordwärts, wir verweilten in Bozen und dachten an das Geschick dieses Landes. Wir fuhren die kühne Trasse Ingenieur Wallacks das Glocknermassiv hinauf und waren von der Schönheit unserer Alpen überwältigt. Wir speisten in Bruck und genossen von ferne das Rom der Alpen: Salzburg. Wir saßen noch einmal beim Wein, den ein freundlicher Kamerad spendierte, in einer gemütlichen Wirtstube und waren noch einmal frohlich.

Und wir empfanden alle tiefen Dank für diese Reise.

„999er gesucht“

Ehemals politische Häftlinge, die in den letzten Kriegsjahren in der deutschen Wehrmacht als Angehörige des Strafbattalions 999, der Division Dineswinger oder anderer Einheiten mit aus politischen Gründen Verurteilten dieses mußten, werden gebeten, zwecks Einladung zu einem

Beisammensein ihre Anschrift dem ehemaligen Angehörigen des Strafbattalions 999, Adalbert Eibl (Körner/Eibl, Postfach 293, 1070 Wien), mitzuteilen.

Die Geistlichen in Dachau

Polens Klerus brachte die größten Blütoper

Vor einiger Zeit erschien auf dem Büchermarkt ein Werk, auf das viele seit langem gewartet haben. Es ist das Dokumentarwerk „Die Geistlichen in Dachau sowie in anderen Konzentrationslagern und in Gefängnissen“ von Johann Baptist Völger. Es enthält das umfassendste und in seinen Quellenangaben genaueste Verzeichnis sämtlicher Geistlichen aus 20 Nationen, die zur Zeit des Hitler-Regimes als Häftlinge in Konzentrationslagern schmachteten.

Das Werk hat eine lange Vorgeschichte. Sie beginnt im Konzentrationslager Dachau. Dort befand sich mit vielen anderen Geistlichen auch ein Priester aus dem Erzbistum Freiburg i. Br., Emil Thoma, Pfarrer der Diasporagemeinde Eppingen bei Heidelberg. Weil er kriegsgefangene Polen in seiner Pfarrkirche zum Gottesdienst zugelassen hatte, wurde er am 2. Juli 1941 von der Gestapo verhaftet und am 12. September darauf in das KZ Dachau eingeliefert. Hier kam ihm der Gedanke, alle Geistlichen statistisch zu erfassen, die als Häftlinge hier arbeiteten. Das war leichter geplant als getan. Es war strengstens verboten, über die Vorgänge im Lager etwas aufzuschreiben oder gar nach außen zu berichten. Darauf standen hohe Strafen. Wohlmeinende Mitbrüder rieten ihm deshalb von diesem Vorhaben ab. Emil Thoma blieb bei seinem Plan. Aber wie ihn ausführen? Es fehlten ihm die einfachsten Dinge.

(Fortsetzung folgt)

Sozialministerium stellt klar

Das Sozialministerium gab nun in einem Erfaß-Klarstellungen zur Berechnung des Einkommens, wenn beide Ehegatten Anspruch auf eine Unterhaltsrente haben. Demnach ist zunächst die einkommensabhängige Versorgungsleistung des Mannes festzustellen, wobei nicht nur die vom Einkommen abhängige und betragsmäßig noch offene Versorgungsleistung der Ehegattin (Unterhaltsrente), sondern auch die Opferrente der Ehegattin außer Betracht zu bleiben hat. Stehen sodann die dem Ehegatten gebührenden Versorgungsleistungen fest, ist die der Ehegattin zustehende einkommensabhängige Leistung (Unterhaltsrente) unter Berücksichtigung von 30% des für den Ehegatten ermittelten Rentenbezuges (Unterhaltsrente und Opferrente) sowie der sonstigen anrechenbaren Einkünfte zu errechnen.

Die mit 1. 7. 1973 erfolgte Erhöhung der Opferrentensätze ist als Einkommenserhöhung zu werten und zum Anlaß einer Neubemessung der Unterhaltsrenten zu nehmen.

Neuer Landesvorstand

Der Landesverband Niederösterreich hielt vor kurzem die Generalversammlung 1973 ab, in der einstimmig folgender Landesvorstand gewählt wurde:

Obmann: HR Dr. L. Mohr; Obmann-Stellvertreter: HR Felix Kos, Reg.-Rat F. Pernauer; Beisitzer: Reg.-Rat J. Buchleitner, AR Hans Hrenko, FdI Franz Skorpik, Kam. Bernh. Stöckler; Rechnungsprüfer: Prof. J. Wiesinger, Prof. K. Steiner; Schieds- und Ehrengericht: Obmann: HR M. Schöbel, HR Sylv. Hofbauer, OFR Dr. W. Kossarz.

Anschließend an die ordentliche Vollversammlung fand die konstituierende Landes-Vorstandssitzung statt, in der Kam. Hans Hrenko zum Schriftführer und Kam. Skorpik zum Kassier und Verbandsekretär gewählt wurden.

Das Volk hat recht

Die politischen Parteien haben es sich im demokratischen Leben angewöhnt, Wahlentscheidungen, die für sie gut ausgefallen sind, als „richtig“, und solche, bei denen eine andere Partei gewonnen hat, als „falsch“ zu qualifizieren. Das mag solange angehen, als man hinzusetzt: „Vom Standpunkt der Partei aus.“

Von einem bestimmten Standpunkt aus mag es tatsächlich richtig oder falsch sein, ob ein Wahlentscheid so oder so ausgefallen ist. So kann zweifellos die ÖVP der Meinung sein, die politische Entwicklung, die mit den Wahlentscheiden von 1970 und 1971 eingeleitet wurde, sei falsch und verhängnisvoll. Eine solche subjektive Betrachtungsweise wird freilich dann gefährlich, wenn man der eigene, in die Minderheit geratene Standpunkt als der einzig legitime betrachtet wurde, während der mehrheitlich vertretene Standpunkt, weil „falsch“, nun auch für illegitim erklärt wurde. Das Gebot der demokratischen Fairness gebietet es, einen Volksentscheid anzuerkennen, auch wenn man selbst in die Minderheit geblieben ist. Die einzige Konsequenz, die daraus zu ziehen ist, ist die, daß die Minderheit sich wieder attraktiv für eine Mehrheit machen muß.

Ist also nun jeder Volksentscheid absolut richtig? Man wird auch diese Frage verneinen müssen. Das Bestreben, das Volk als den Souve-

rän in der Demokratie unter allen Umständen zu respektieren, sollte nicht soweit gehen, daß dem Volk eingeredet wird, es habe „immer recht“, wie das etwa ÖVP-Generalsekretär Dr. Kohlmeier in der Nationalratsdebatte über die Wiener Abstimmung über den Sternwarteplatz tat. Volksentscheidungen in Sachfragen sind verschiedenen Einflüssen ausgesetzt, etwa der ausreichenden Information, gewissen Emotionen, die von der Tages-situation abhängen – man denke nur an die Meinung zur Todesstrafe unmittelbar nach einem Kapitalverbrechen – usw. Trotzdem: Wenn in der Demokratie die Entscheidung des Volkes auch in einer Sachfrage angerufen wird, tun die Verantwortlichen gut daran, die Entscheidung zu respektieren, gleichgültig, wie sie nun richtig oder falsch erscheinen. Die direkte Demokratie wird zur Farce, wenn – wie in Griechenland – die Machthaber erklären, ein Abstimmungsergebnis werde nicht zur Kenntnis genommen werden, wenn es negativ ausfällt.

Die demokratischen Systeme unserer Breiten sind Repräsentativsysteme. Das Volk wählt seine Repräsentanten, die beauftragt sind, alles ihnen richtig und notwendig Scheinende zu unternehmen, in gewissen Zeitabständen spricht dann das Volk sein Urteil darüber.

Die zunehmende Ohnmacht des Volkes in der heutigen Gesellschaft

läßt freilich den Ruf nach der direkten Demokratie, der direkten Einflußnahme des Volkes unter Ausschaltung der Repräsentanten immer lauter werden. Zweifellos ist damit eine wertvolle Bereicherung des demokratischen Lebens gegeben, wenn die Instrumente der direkten Demokratie, Volksabgefragungen, Bürgerinitiativen, richtig und verantwortungsbewußt eingesetzt werden.

Das sollte aber die Politiker nicht dazu verleiten, sich in jeder Frage der Verantwortung zu entziehen und diese auf das Volk abzuwälzen. Bestimmte Fragen können nicht auf Grund der – schwankenden – Stimmungen des Volkes entschieden und geregelt werden, und nicht ohne Grund sind z. B. in den meisten Verfassungen Steuerfragen von einer Volksabstimmung ausgeschlossen. Auch die Frage der Politikerbesteuerung dürfte man wohl nicht einer Volksabstimmung unterziehen...

Verantwortungsbewußte Politiker werden sich weiterhin der unbegrenzten Notwendigkeit unterziehen müssen, unpopuläre Maßnahmen selbst durchzuführen und auf ihre Kappe zu nehmen. Wenn sie im Interesse des Gemeinwohls liegen und in redlicher Absicht durchgeführt werden, werden sie letztlich auch Verständnis dafür finden.

Das Volk hat, wenn es angerufen wird, mit seinem Entscheid immer recht, d. h., der Entscheid ist immer zu respektieren. Was aber notwendig ist zu tun, müssen die Politiker selbst wissen.

H. L.

Gift wenig verwendet...

Einer der Untersuchungsrichter des alliierten Militärgerichtshofes, Robert M. Kampner, berichtete in einer deutschen Zeitschrift über die Umstände des Selbstmordes Hermann Görings: Als ich Göring am 13. Oktober 1945 in Nürnberg über den Reichstagsbrand vernahm, ahnte ich nicht, daß er eine Giftkapsel, in seinem Lederstiefel versteckt, bei sich trug. Erst viele Jahre später, lange nach seinem Selbstmord im Oktober 1946, erfuhr ich, daß er ursprünglich mehrere Giftkapseln hatte.

Von dem Reichssicherheitshauptamt waren vor dem Zusammenbruch an die Naziprominenten etwa viertausend bis fünftausend Giftkapseln verteilt worden, von denen nur verhältnismäßig wenig benutzt worden sind, z. B.

eine von Himmler und eine – allerdings noch nicht endgültig bestätigt – von Bormann, sowie mehrere von der Familie Goebbels.

Göring hatte eine seiner Giftkapseln den Wachmannschaften abgegeben, offensichtlich um eine weitere Durchsuchung zu vermeiden. Er hatte aber noch zwei andere bei sich, die eine stammte von einem persönlichen Bekannten (nicht von General von dem Bach-Zelewski). Eine dritte wurde noch nach seinem Tode gefunden. Göring hatte in einer hinterlassenen Notiz auf diese noch vorhandene hingewiesen: offenbar wollte er Wachmannschaften schützen, die nicht in Verdacht kommen sollten, sie hätten ihm die Giftkapseln verschafft.

Frau Emmy Göring wußte übrigens,

daß ihr Mann die Kapseln hatte und unterhielt sich mit einem Codewort hierüber. Bei einem letzten Besuch sagte Göring noch: „Die Nürnberger hängen keinen, sie hängen ihn denn.“ In einem Gespräch mit dem Anwalt des abwesenden Bormann, Dr. Bergold, der diesen Satz auch vor dem Tribunal zitiert hatte, bedankte sich Göring dafür, ohne daß Bergold ahnen konnte, daß sich dies auf den geplanten Selbstmord Görings bezog. Unheimlich wie diese letzte Szene war auch der Reichstagsbrand mit den folgenden Massenverhaftungen der sogenannten Staatsfeinde, über die sich Göring nur in Andeutungen ergehen wollte. Im Laufe der Jahre sind die Indizien gegen ihn selbst immer stärker herausgekommen. Was entwickelte sich am Abend des Reichstagsbrandes? Warum Göring über diesen „Plan“ ebensoviel wie über seinen eigenen Selbstmordplan?

Wiesenthal machtlos

Der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, erklärte vor Journalisten in New York, daß sich zur Zeit zwei Nazikriegsverbrecher, die für den Tod von hunderten Tausenden Menschen verantwortlich sind, in zwei südamerikanischen Ländern aufhalten, die jedoch eine Auslieferung verweigern.

Wiesenthal legte Bilder von Walter Rauff, einem ehemaligen Standortführer, vor, der in der chilenischen Stadt Punta Arenas leben und dort ein großes Import-Export-Geschäft betreiben soll. Rauff sei während des Zweiten Weltkrieges Hauptverantwortlicher für die Vergasung von rund 250.000 Menschen gewesen.

Alle Versuche, eine Auslieferung Rauffs auf dem Rechtsweg zu bewirken, seien allerdings bis jetzt gescheitert, da nach chilenischen Gerichtsentscheidungen im Fall von Mord nach Ablauf einer 15-jährigen Frist keine Auslieferung mehr erfolgt.

Wie Wiesenthal ergänzend mitteilte, habe sich der ehemalige Chefarzt des Konzentrationslagers Auschwitz, Dr. Josef Mengele, ebenfalls in Südamerika – in Pa-

raguay – auf. Die Regierung Paraguays habe aber ihre Kooperation verweigert.

Auf die Frage, ob zu ähnlichen Maßnahmen wie der Eichmann-Entführung gegriffen werde, erwiderte Wiesenthal, das sei zu bezweifeln, da die Eichmann-Affäre damals die Beziehungen Israels zu den südamerikanischen Ländern schwer belastet habe.

Kontakte mit KOV

Zum erstenmal seit der Wiedererrichtung der Zweiten Republik nahm an einer Delegiertenversammlung der Kriegsgespielenbünde ein Vertreter der politisch Verfolgten teil: dem 10. Delegiertenkongress des Kriegsgespielenverbandes wohnte als Vertreter der politisch Verfolgten Dr. Sosnowski teil. Bestrebungen zu engeren Kontakten zwischen Kriegsgespielen und politisch Verfolgten gab es schon länger, sie führten bisher aber zu keinen greifbaren Ergebnissen. Diesen Bestrebungen liegt der Gedanke zugrunde, gemeinsam für eine Sicherung des Friedens und der Demokratie kämpfen zu wollen.

Ferdinand Rietler Man wollte mich erwürgen

Nach der Entlassung aus dem sibirischen Lager, auf der Fahrt in den tatarischen Verbannungsort, suchte ich einen Wagen der vierten Klasse auf und hockte mich neben ein kleines Schwammfüßler. Bald kam der Schaffner, der mich, wörtlich genommen, hinauswarf. Für mich käme nur ein Lastwagen in Frage. Nach langem Hin und Her landete ich in einem Güterwagen, der auf einer Seite in zwei Teile geteilt war, in ein Oben und Unten. Ich erklomm mit Mühe den oberen, mit Stroh bedeckten Teil, weil es mir oben wärmer zu sein schien. Es dauerte nicht lange und es tauchte ein Junge auf, der mit einem schwarzen, sehr dicken Leitungsdraht die Wagentüre verschloß, so daß nur ein kleiner, etwa zwei Zentimeter großer Spalt etwas Licht einließ. Dann wurde ich gefragt: Hast du ein Messer? Nein! Und nun kam das Entsetzliche: Der Bursch kletterte zu mir hinauf und begann mich richtig zu würgen. Todesangst kann Kräfte verleihen und so gelang

Wissen Sie, daß österreichischer Zucker mehr kann, als nur zuckern?



Wenn Sie zum Beispiel jeden Tag zwei Löffel Zucker in Ihren Kaffee geben, dann sicher nur, weil er gezuckert einfach besser schmeckt.

Täglich die richtige Menge Zucker schmeckt aber nicht nur.

Zucker ist auch gesund, weil er rasch ins Blut geht und uns so die Nerven und Leistungskraft gibt, die wir täglich für tausend verschiedene Dinge brauchen. Zucker ist besonders leicht verdaulich. Ein reines Naturprodukt – frei von chemischen Zusätzen – das aus hochwertigen österreichischen Zuckerrüben gewonnen wird.

Das neue Markenzeichen, das Sie auf jeder Zuckerpackung finden, garantiert ausgezeichnete gleichbleibende Qualität und eine hygienische Verpackung.

Zucker aus Österreich
– mehr als nur süß.



es mir, den Unhold mit den Krallen zu bearbeiten und ihm einen Stoß mit einem Bein zu geben, worauf er hinunterfiel. Ich begann laut um Hilfe zu rufen: pomosca! Ich hatte wieder einmal Glück. Wir standen in einer Station und neben dem Wagen standen Bahnbedienstete, die auf meinen Hilferuf in russischer Sprache den Draht entfernten und fragten, was los sei. Ich berichtete genau, beteuerte ein Gefangener zu sein, der nach Sejresk, Station Bogulma in der Tatarai, müsse. Darauf verprügelten die Bahn-

leute den Jungen nach Strich und Faden und ließen ihn laufen. Mich wagonierte man in einen anderen Güterwaggon, in dem sich eine Eisenbahnfamilie, Mann, Frau und Kind, befand, die mich gastlich aufnahmen und reichlich bewirteten, freilich sehr einfach, mit Käse, Brot und Quas — in Wasser vergorener Hefe —, doch wie gesagt, in reichlicher Menge. Auch Machorkatsbak und Zeitungspapier zum Wuzeln erhielt ich, Gaben, für die ich herzlich danke.

Die Frage nach dem Woher des

Jungen blieb mir ein Rätsel. War es ein gedungener Mordbube? Ein Ermorden hätte man im Lager einfacher machen können, etwa durch Vergiften oder Erschlagen bei einem Gang ins Bad. Dies einerseits. Andererseits: Woher wußte der Junge von meiner Existenz? Ein Raubmordversuch schien mir zweifelhaft. Jedenfalls eine sehr dunkle und böse Angelegenheit. Es war wohl ein qualifizierter Mordversuch. Es hat nicht sein wollen, daß ich unter dem Würgegriff eines Banditen mein Leben lassen sollte.



Nur natürliche Kohlensäure

BAUGESSELLSCHAFT

Dipl.-Ing.
**HERMANN
LAUGGAS**

GES. M. B. H.

7000 Eisenstadt, Permaystraße 3

Telefon 23 13

ELEKTRIZITÄTSWERK DER STADTGEMEINDE MARIAZELL

Hotel Feichtegger

A-8839 MARIAZELL, TELEFON (0 27 27) 24 16

A-Hotel, 160 Betten

Sämtliche Zimmer mit Radio und Telefon.

Lift im Haus.



Großer Saal — 400 Stie, Simultanübersetzungsmöglichkeit (2 Sprachen)

Diverse Nebenräume für Tagungen und Seminare.



Fabrik elektrischer Apparate
und elektrischer Zünder

Wien 15/105,

Sturzgasse 34

Telefon 921641

MÖBELHAUS *Adolf Trinkl*



ZENTRALE:

WIEN XX

JÄGERSTRASSE 59-63

TELEFON 33 21 26, 33 42 25

FILIALEN:

WIEN X

LAXENBURGER STRASSE 23

TELEFON 64 22 09

WIEN XXI

FLORIDSORFER HAUPTSTRASSE 26

TELEFON 38 34 47

ÖSTERREICHISCH-AMERIKANISCHE MAGNESIT AKTIENGESELLSCHAFT

RADENTHEIN

KÄRNTEN

STIFT SCHLIERBACH



GYMNASIUM

GLASMALEREI

KÄSEREI

Schlierbach, Oberösterreich